

Vorlage Stadtparlament

Datum 6. Juni 2023
Beschluss Nr. 2883
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Kommission Soziales und Sicherheit: Teilnahme am gesellschaftlichen Leben durch einfache Sprache; schriftlich

Die Kommission Soziales und Sicherheit sowie 33 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 21. März 2023 die beiliegende Interpellation «Teilnahme am gesellschaftlichen Leben durch einfache Sprache» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Das Recht auf Chancengleichheit ist gesetzlich verankert. Die Bundesverfassung verbietet jegliche Art von Diskriminierung aufgrund einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.¹ Das Behindertengleichstellungsgesetz² setzt Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtern sollen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und insbesondere selbstständig soziale Kontakte zu pflegen, sich aus- und weiterzubilden und eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Mit der im Jahr 2013 ratifizierten³ UNO-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)⁴ verpflichtet sich die Schweiz, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.

Für die Schweiz mit ihrem föderalen System bedeutet dies, auf allen drei Staatsebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) aktiv zu werden und in der Zusammenarbeit von Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Direktbetroffenen eine volle Teilhabe der Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Eine grundlegende Voraussetzung für eine vollwertige Teilhabe an der Gesellschaft ist die Zugänglichkeit zu Informationen.

¹ [SR 101 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft](#), 18. April 1999 (BV), Art. 8 Abs. 2.

² [SR 151.3 Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen](#), 13. Dezember 2002 (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG), Art. 2.

³ [AS 2014 1117 Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#), ratifiziert am 13. Dezember 2013.

⁴ [SR 0.109 Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#), 13. Dezember 2006 (UN-BRK), Art. 1 Abs. 1.

Der Grundsatz der rechtlichen Gleichstellung beinhaltet u.a. den Zugang zu allen relevanten Informationen, die für eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig sind. Die öffentliche Kommunikation einer Gemeinde ist entsprechend zu gestalten. Unterschiedliche Arten von Beeinträchtigungen erfordern grundsätzlich unterschiedliche Aufbereitungen von Informationen, damit sie für die jeweilige Zielgruppe zugänglich sind.

Das Bedürfnis nach Einfacher Sprache ist aber auch unabhängig von einer kognitiven Einschränkung zunehmend vorhanden. Rund 20 Prozent aller Erwachsenen, die in der Schweiz leben, haben unzureichende Lesekompetenzen. Berechnet für die Stadt St.Gallen entspricht dies knapp 14'000 Erwachsenen. Entsprechende Sprachalternativen wie die Einfache Sprache könnten vielen von ihnen – und darüber hinaus auch vielen Kindern und Jugendlichen – den Zugang zu Informationen erleichtern.

Die Einfache Sprache ist eine Vereinfachung des Deutschen. Sie besteht aus kurzen Sätzen mit einfachen Wörtern und verwendet aktive Satzformulierungen. Dabei sollen Fremdwörter vermieden oder aber erklärt werden. Die Länge des Texts soll übersichtlich bleiben. Die Einfache Sprache ist nicht reguliert. Als stärkste Form der Vereinfachung gibt es darüber hinaus auch noch die Leichte Sprache. Diese macht Texte noch leichter verständlich, indem sie beispielsweise auf den Konjunktiv, auf Passivformulierungen und auf den Genitiv verzichtet.

2 Beantwortung der Fragen

1. Welche Massnahmen hat der Stadtrat und die Verwaltung bereits unternommen, um möglichst alle Menschen verständlich und sprachlich angemessen zu informieren?

Der Stadtrat erachtet einen möglichst barrierefreien Zugang zu städtischen Informationen als wichtigen Schritt, um das Behindertengleichstellungsgesetz auch im Bereich der städtischen Information umzusetzen. Für bestimmte Bevölkerungsgruppen stehen schon heute einige spezifische Zugänge zur Verfügung.

- Von der Stadt aufgenommene Videobotschaften sind Untertitelt und damit auch für Menschen mit einer Hörbehinderung zugänglich. Für diese Personengruppe mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen besteht auch die Möglichkeit, für städtische Anlässe Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher anzufordern.
- In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Bibliothek für Blinde, Seh- und Lesebehinderte (SBS) bietet die Stadt St.Gallen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Erläuterungen zu den Abstimmungsunterlagen kostenlos als Hörzeitschrift an. Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung können bei der SBS die Abstimmungsunterlagen kostenlos auf CD abonnieren.⁵ Bei städtischen Abstimmungsvorlagen besteht zusätzlich die Möglichkeit, die Audiodateien direkt herunterzuladen.⁶
- Blinden, Seh- und Lesebehinderten steht das Adressverzeichnis für spezifische Angebote für Menschen mit Behinderungen in der Stadt St.Gallen als Word-, barrierefreies PDF-Dokument oder im Audio-Format zur Verfügung.⁷

⁵ [Schweizerischen Bibliothek für Blinde, Seh- und Lesebehinderte: Abstimmungsunterlagen](#)

⁶ Stadt St.Gallen: <https://www.stadt.sg.ch/home/verwaltung-politik/demokratie-politik/abstimmungen-wahlen/vorlagen.html>.

⁷ [Stadt St.Gallen: Adressverzeichnis \(Word, PDF, Audio\)](#).

- Die Mitarbeitenden von Postdienst und Information im Rathaus werden nach Bedarf von Fachpersonen der Dienststelle Gesellschaftsfragen geschult, um ratsuchende Personen mit und ohne Einschränkungen bedarfsgerecht zu informieren.
- Die Publikumsdienste Bevölkerungsdienste, Steueramt und Stadtpolizei haben im Jahr 2022 gemeinsam mit Expertinnen und Experten des Behindertenverbands Procap sowie mit Personen mit Einschränkungen Schulungen durchgeführt. Ziel war, Mitarbeitende für die besonderen Bedürfnisse dieser Kundinnen und Kunden zu sensibilisieren und ihnen Sicherheit im Umgang mit diesen Zielgruppen zu geben.
- Die Sozialen Dienste führen in diesem Jahr fünf halbtägige Workshops mit dem Titel «Einfache Sprache – werfen Sie die komplizierte Sprache über Bord!» durch, wovon zwei bereits stattgefunden haben. Die Weiterbildungsanstrengung zielt darauf ab, dass die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste mit den Klientinnen und Klienten (noch verstärkt) in verständlicher Sprache kommunizieren.
- Die KESB plant für das kommende Jahr eine Schulung «KESB-Entscheide verständlich formulieren».
- Seit Ende 2022 ist ein barrierefreier Stadtplan in den Online-Stadtplan der Stadt St.Gallen integriert. Das Projekt startete im Jahr 2020 als Zusammenarbeit der Verbände Procap und Pro Infirmis mit der Stadt St.Gallen. Von einem Expertinnen- und Expertenteam (geschulte Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen) werden insgesamt rund 800 öffentliche Objekte (Points of Interest, POI) mit wichtigen Daten zur Zugänglichkeit erfasst sowie schriftlich und fotografisch festgehalten. In der nächsten Etappe werden die Daten auch für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung zugänglich gemacht. Die entsprechenden Schritte sind eingeleitet. Über eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt werden die erhobenen Daten laufend nachgeführt und ergänzt.
- Neu steht das Abstimmungsmaterial für städtische Abstimmungen mit einer Zusammenfassung in Einfacher Sprache zur Verfügung. Damit folgt die Stadt St.Gallen dem Kanton St.Gallen, der für das Abstimmungswochenende vom 18. Juni 2023 seine Broschüre erstmals mit einer Kurzfassung der Abstimmungsvorlagen in Einfacher Sprache ergänzt.
- Die Erstellung barrierefreier Dokumente wird den städtischen Mitarbeitenden durch automatisierte Hinweise in den gängigen Office-Programmen⁸ erleichtert.

2. Welche Massnahmen müssen in der Stadt St.Gallen getroffen werden, um schriftliche Informationen jeglicher Art an die städtische Bevölkerung in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen (z.B. Informationen auf der Webseite, in Abstimmungsunterlagen, in Informationsschreiben)?

Um Informationen in Einfacher Sprache verfügbar zu machen, bedarf es verschiedener Schritte. Es ist situativ und pragmatisch zu prüfen, was von den folgenden Elementen jeweils erforderlich ist bzw. mit welchem Tiefgang vorzugehen ist:

- Prüfen der technischen Voraussetzungen;
- Analysieren der Zielgruppen;
- Einberufung eines Expertinnen- und Expertenteams mit Direktbetroffenen;
- Verantwortliche in den einzelnen Dienststellen bestimmen: Sensibilisierung und Schulung der verantwortlichen Mitarbeitenden (permanente Aufgabe: Wissenstransfer);
- Information und Einbezug der relevanten Dienststellen, je nach Themenbereich;

⁸ Funktion «Barrierefreiheit überprüfen», z. B. in Microsoft Word, Excel und PowerPoint.

- In ausgewählten Themenbereichen die für den Alltag relevanten Informationsseiten und Dokumente gemäss Accessibility Standard eCH-0059 festlegen⁹
 - Informationen auf Webseiten zusammenfassen und in Einfache Sprache übersetzen;
 - Dokumente zusammenfassen und in Einfache Sprache übersetzen
 - PDF-Dokumente auf Barrierefreiheit prüfen
 - Formulare auf einfache Handhabung prüfen;
- Übersetzungen in Einfache Sprache durch zuständige Mitarbeitende auf fachliche Korrektheit – allenfalls auch juristisch – prüfen lassen;
- Übersetzungen in Einfache Sprache durch Expertinnen- und Expertenteam prüfen lassen.

3. *Ist der Stadtrat bereit, die notwendigen Schritte einzuleiten, um in der gesamten Verwaltung und in allen städtischen Institutionen in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit eine Einfache Sprache zu verankern? Diese einfache Sprache soll die Probleme, Kenntnisse, Einstellungen und Fähigkeiten der angesprochenen Personen berücksichtigen.*

Der Stadtrat ist sich der aktuellen Ungleichbehandlung von Menschen mit einem Bedürfnis nach Einfacher Sprache in Bezug auf deren Zugang zu Informationen bewusst. Es ist ihm ein grosses Anliegen, relevante Informationen und Angebote für die breite Bevölkerung bedarfsgerecht, d.h. niederschwellig und verständlich, zur Verfügung zu stellen.

In einer Zusammenarbeit der Dienststellen Kommunikation und Gesellschaftsfragen wird aktuell eine Vorstudie zu barrierefreier Kommunikation in der Stadt St.Gallen vorbereitet.

Diese Vorstudie soll

- Bevölkerungsgruppen mit besonderen Kommunikationsbedürfnissen definieren;
- relevante Informationen zu wichtigen Lebensbereichen definieren und priorisieren;
- entsprechende Kommunikationsinstrumente wie beispielsweise Übersetzungen in Einfache Sprache, Screenreader (Text-to-Speech-Technologie) oder Videos zuordnen;
- technische Massnahmen in Bezug auf den städtischen Webauftritt definieren und priorisieren;
- die Kosten der einzelnen Massnahmen ermitteln und in Relation stellen zum erwartbaren Nutzen.

Die Erkenntnisse aus der Vorstudie und die daraus abgeleiteten Massnahmen helfen dem Stadtrat, eine Priorisierung vorzunehmen, um die beschlossenen Massnahmen in den kommenden Jahren schrittweise umzusetzen. Dies schliesst die Einfache Sprache ebenso mit ein wie die Berücksichtigung weiterer Anspruchsgruppen und entsprechender anderer Kanäle bzw. Massnahmen.

4. *Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet der Stadtrat, wenn die einfache Sprache gesamtheitlich in der öffentliche Kommunikation der Stadt St.Gallen umgesetzt würde?*

Die geplante Vorstudie dient dazu, den Aufwand zur Realisierung eines barrierefreien Webauftritts einzuschätzen. Darin eingeschlossen ist auch die Übersetzung wichtiger Informationen in Einfache Sprache. Die Kosten sind davon abhängig, wie viele Informationen in Einfacher Sprache zugänglich sein sollen. Diese Erwägungen sind Teil der Vorstudie.

⁹ [Accessibility Standard eCH-0059](#).

Bei all diesen Erwägungen sollte die Verhältnismässigkeit beachtet werden. Zielführend ist es, in bestimmten Bereichen die Einfache Sprache zu verwenden – nämlich dort, wo sie die Erwartungen an die Verständlichkeit erhöht und die Informationen für die Zielgruppe relevant und häufig nachgefragt sind.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:
▪ Interpellation vom 21. März 2023